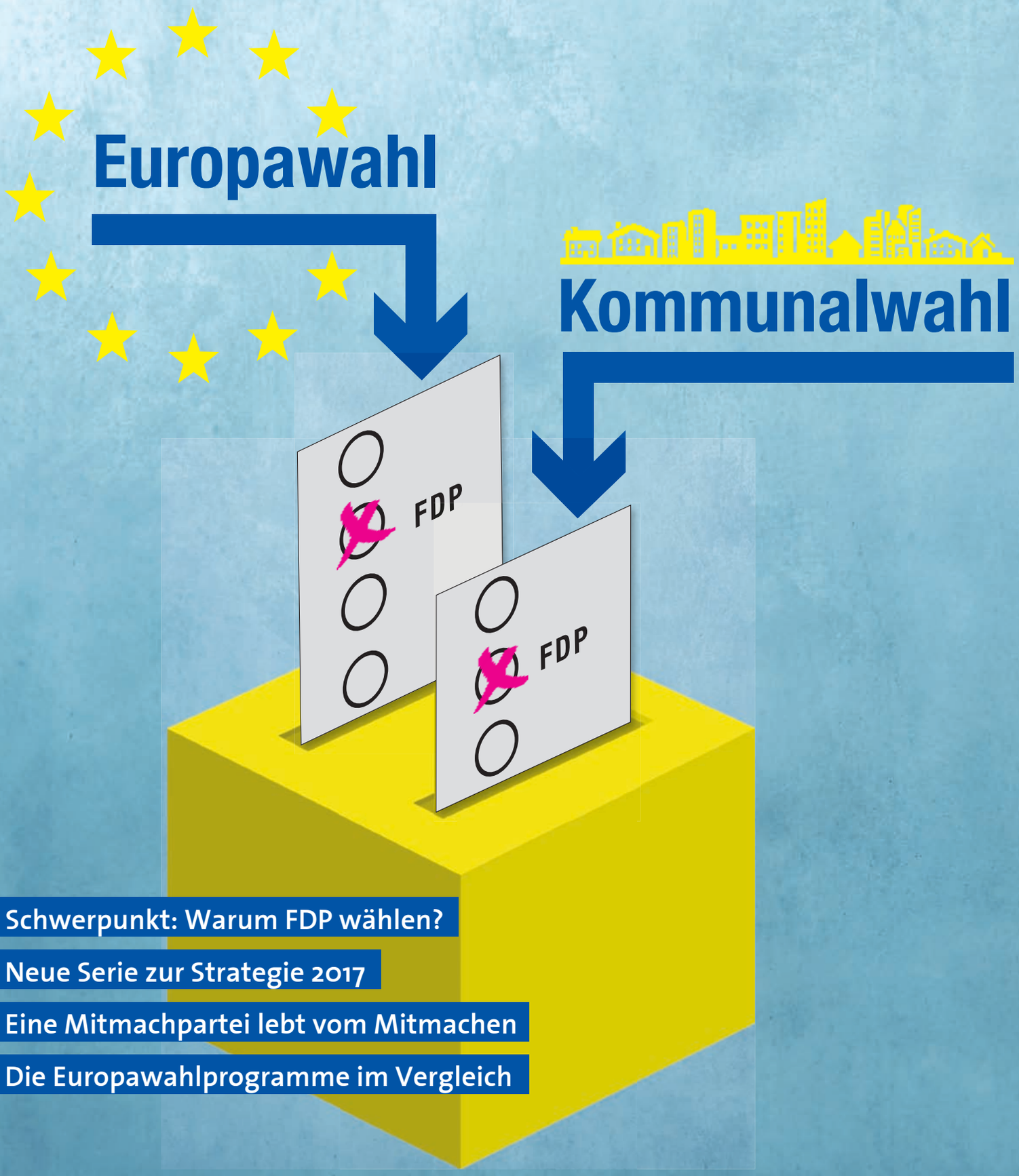
elde

Liberale Depesche 01 | 2014



Schwerpunkt: Warum FDP wählen?

Neue Serie zur Strategie 2017

Eine Mitmachpartei lebt vom Mitmachen

Die Europawahlprogramme im Vergleich

Anzeige

In 8 Schritten zur Kita in freier Trägerschaft

Tipps, Angebote und vieles mehr
für eine erfolgreiche Kommunalpolitik.
Jetzt informieren unter

www.kommunalpolitik-aktuell.de

www.freiheit.org

Inhalt

4 Meldungen vom portal liberal

Strategie 2017
5 Ehrliche Analyse bei der Kreisvorsitzendenkonferenz in Erfurt

Schwerpunkt
7 Warum FDP wählen?
Weniger Bürokratie durch kleinere Kommission
Günstiger Strom durch europaweiten Wettbewerb
Solide Finanzen durch strikte Reformen

Kommunalwahlen
11 Für eine starke FDP vor Ort

12 Eine Mitmachpartei lebt vom Mitmachen

Liberales Leben
13 Neue Gesprächsreihe Im Atrium

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
14 Die Wahlprogramme im Vergleich

Fraktionsvorsitzendenkonferenz
15 Gemeinsam sind wir stark!

Liebe Leserinnen und Leser der elde,

auch eine Partei im Wandel braucht ein Mitgliedermagazin. Deshalb passen wir die elde an die neuen Rahmenbedingungen an. Sie erscheint künftig überwiegend digital, quartalsweise und in reduziertem Umfang. Um die digitale Ausgabe der elde attraktiver zu machen, wird sie ab der nächsten Ausgabe zusätzlichen Inhalt in Form einer weiteren Doppelseite enthalten. Gleichzeitig wollen wir das Heft insgesamt fokussierter, interessanter und hilfreicher für die Mitglieder machen. So ist auch die erste von drei Ausgaben in diesem Jahr gedacht. Sie zielt vor allem auf die Europa- und Kommunalwahlen am 25. Mai ab und soll als Unterstützung für den Wahlkampf dienen. Deshalb stellen wir uns im Schwerpunkt zur Europawahl die Frage „Warum FDP wählen?“, liefern Argumente, Fakten und weisen auf Serviceangebote samt zugehöriger Ansprechpartner hin. Darüber hinaus starten wir in dieser Ausgabe der elde eine Serie zur Strategie 2017, mit der der FDP der Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag gelingen soll. Den Auftakt macht der Geschäftsführer Politik Marco Buschmann, indem er die Analyse der Kreisvorsitzendenkonferenz vorstellt. Ebenfalls im Heft finden Sie eine Bestandsaufnahme des Umbaus der FDP zur modernsten Mitmachpartei Deutschlands, den FDP-Generalsekretärin Nicola Beer in der letzten Ausgabe der elde angekündigt hat.

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen und freuen uns über Reaktionen an redaktion@elde-online.de.

Ihr

Nils Droste
Chefredakteur

> *www.elde-online.de*
> *www.liberale.de*

Impressum

Herausgeber: FDP-Bundespartei;

Chefredakteur: Nils Droste;

Redaktion: Roland Kowalke;

Redaktionelle Mitarbeit:
Doris Bergmann, Marco Buschmann, Thomas Diener, Cecilia Fernandez, Thomas Hahn, Petra Horstick, Jörg Paschedag, Tobias Scholl, Thomas Volkmann;

Anschrift der Redaktion:
Thomas-Dehler-Haus, Reinhardtstr. 14, 10117 Berlin,
E-Mail: Roland.Kowalke@universum.com,
Telefon: (030) 27 57 28 79,
Telefax: (030) 27 57 28 80;
Verlag: Universum Kommunikation und Medien AG;
Anzeigen: Universum Kommunikation und Medien AG, Reinhardtstraße 16, 10117 Berlin;
E-Mail: michael.iden@universum.com,
Telefon: (030) 27 57 28 76,
Telefax: (030) 27 57 28 80;
Gestaltung: altmann-druck GmbH, Berlin;
Gesamtherstellung: Universum Kommunikation und Medien AG Berlin.

elde erscheint viermal im Jahr (2014 dreimal) und wird für die FDP-Mitglieder im Rahmen der Mitgliedschaft ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises geliefert. Jahresbezugspreis sonst 20 Euro inkl. MwSt. und Versand.

+++ Meldungen vom portal liberal +++

+++ Rentenpaket ist teuerstes Wahlgeschenk aller Zeiten +++

Das Rentenpaket der GroKo stelle ein enormes Risiko für die Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik dar, warnt FDP-Generalsekretärin Nicola Beer. Kombiniert mit dem Einheitsmindestlohn, der ebenfalls eingeführt werden soll, summieren sich die Kosten für „das teuerste Wahlgeschenk aller Zeiten“ bis 2030 auf insgesamt über 200 Milliarden Euro.

+++ Entscheidung zur Vorratsdatenspeicherung ist großer Erfolg für FDP +++

Ein später Erfolg der FDP: Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs hat die liberale Kritik an der Vorratsdatenspeicherung bestätigt. Die Richter machten deutlich: Die Vorratsdatenspeicherung ist nicht mit EU-Recht vereinbar und damit ungültig. FDP-Spitzenkandidat Alexander Graf Lambsdorff und FDP-Vize Wolfgang Kubicki feierten das Urteil als einen großen Sieg für die Bürgerrechte.

+++ Beer kritisiert die Haushaltsberatungen +++

Bundeskanzlerin Angela Merkel inszeniere bei den Haushaltsberatungen im Deutschen Bundestag ein Illusionstheater, so das Resümee der FDP-Generalsekretärin Nicola Beer. Merkel berichte von ihrem Wunderland, während die Große Koalition längst die Abrissbirne schwinge. Beer befürchtet, dass sich die schwarz-rote Ausgabenorgie bitter rächen werde, sollte sich die Konjunkturentwicklung ändern.

+++ Militärisches Eingreifen kommt nicht infrage +++

Schon vor dem Genfer Abkommen zwischen der EU, den Vereinigten Staaten, Russland und der Ukraine appellierte der FDP-Spitzenkandidat Alexander Graf Lambsdorff im Interview mit dem „Deutschlandfunk“ an Kiew und Moskau, realistisch zu bleiben. Weder die betonte Entschlossenheit der ukrainischen Regierung noch die zur Schau getragene Stärke Russlands, trügen zur Deeskalation bei, führte der Liberale aus. Er stellte klar, dass ein militärisches Eingreifen für Deutschland und die EU nicht infrage komme.

+++ FDP fordert Abkehr vom EEG +++

Bund und Länder haben sich über eine Reform des EEG verständigt. Christian Lindner übt deutliche Kritik an „Gabriels Schmalspurreform“. Das EEG als ineffektive und teure Subventionsmaschinerie gehöre schnellstmöglich abgeschafft. „Ein Herumwerkeln im bestehenden System hat mit einer entschlossenen Reform wenig zu tun. Wir müssen weg vom EEG“, fordern auch die Fraktionsvorsitzenden Christian Dürr und Uwe Barth.

+++ FDP gegen Eurobonds +++

Auf EU-Ebene haben die Kandidaten Martin Schulz von den Sozialdemokraten und Jean-Claude Juncker von den Konservativen gemeinsam die Einführung der Gemeinschaftsschulden in Form von Eurobonds gefordert – und damit eine Kehrtwende eingeleitet. Der FDP-Spitzenkandidat zur Europawahl, Alexander Graf Lambsdorff, ist sicher: „Mit Eurobonds würde der produktive Reformdruck über Nacht zerstört werden.“

+++ FDP will Zeitumstellung abschaffen +++

Ende März war es wieder so weit: Die Uhren wurden um eine Stunde vorgestellt. „Die Zeitumstellung ist im wahrsten Sinne des Wortes aus der Zeit gefallen“, sagt FDP-Generalsekretärin Nicola Beer. Sie könne getrost abgeschafft werden. Auch Baden-Württembergs FDP-Fraktion lässt nicht locker: Diese ewigen Zeitumstellungen seien unsinnig und sollten so schnell wie möglich abgeschafft werden, fordern die Liberalen.

+++ Kalte Progression abbauen +++

Im OECD-Ranking der Staaten mit der größten Steuer- und Abgabenlast nimmt Deutschland einen unrühmlichen Spitzenplatz ein. FDP-Finanzexperte Volker Wissing wirft der Großen Koalition vor, diese Problematik durch ihre Politik noch weiter zu verschärfen. Er sieht die Ergebnisse der Studie deswegen als deutliche Aufforderung an die GroKo. Die Liberalen haben einen praxisnahen Lösungsvorschlag: „Die kalte Progression muss abgebaut werden und die Sozialabgaben müssen endlich auf ein vertretbares Maß reduziert werden.“

+++ Überflüssige EU-Regulierungen +++

Die EU-Kommission hat ihren nächsten Verbotswunsch in der Hand: Stromintensive Filterkaffeemaschinen sollen weg. FDP-Spitzenkandidat Alexander Graf Lambsdorff rief zum Stopp der Bevormundung auf. Das geplante Verbot bestätige die FDP in ihrer Kritik an der ‚Ökodesign-Richtlinie‘, stellte der Liberale klar. „Glühbirnen, Staubsaugermotoren, Kaffeemaschinen – das sind alles Paradebeispiele für überflüssige EU-Regulierung. Mündige Verbraucher werden durch immer neue Verbote gegängelt.“

> *www.liberale.de*

Ehrliche Analyse bei der Kreisvorsitzendenkonferenz in Erfurt

Bei den über 100 Teilnehmern der letzten Kreisvorsitzendenkonferenz (KVK) in Erfurt herrschte schnell Einigkeit: Die FDP ist den Ansprüchen der liberal denkenden und fühlenden Menschen im Auftreten und in ihrem Regierungshandeln in den letzten Jahren nicht gerecht geworden. Zugleich zeigt die Große Koalition bereits in den ersten Monaten, wie dringend liberale Politik gebraucht wird. Das Gefühl, dass eine liberale Partei fehlt, teilt immerhin ein Viertel der Bevölkerung. Doch damit daraus die Überzeugung wächst, künftig die FDP zu wählen, ist eine seriöse und ehrliche Analyse nötig.
Bei der Erfurter KVK kam die FDP dieser Aufgabe nach. Der Bundesvorsitzende Christian Lindner eröffnete den Strategieteil der KVK mit einem Impulsvortrag, der ohne jede Beschönigung Daten und Fakten zu Aufgaben, Profil und Kompetenzwerten der FDP offenlegte. Darüber fand eine engagierte Aussprache unter den Kreisvorsitzenden statt, die sich zu klaren Ergebnissen verdichtete.
Diesen Ergebnissen ist das Thomas-Dehler-Haus mit Methoden der Marktforschung nachgegangen, die den Befund von Erfurt weiter erhärten: Die FDP muss daran arbeiten, wieder Partei der Sozialen Marktwirtschaft, Anwalt für Privatsphäre und gegen Bevormundung sowie Vorkämpfer für Chancengerechtigkeit zu sein.

Das Ideal der Sozialen Marktwirtschaft

Über 70 Prozent der FDP-nahen Bürgerinnen und Bürger erwarten von der FDP, dass sie marktwirtschaftliche Prinzipien verteidigt, aber keinen besserwisserischen Dogma-

Christian Lindner auf der Kreisvorsitzendenkonferenz in Erfurt.

Diskussion mit FDP-Generalsekretärin Nicola Beer.

tismus aus dem Lehrbuch. Denn über 80 Prozent sind der Ansicht, dass marktwirtschaftliche Politik dem Ziel dienen solle, etwas für kleine und mittlere Betriebe zu tun. Fast 80 Prozent sind der Ansicht, dass es dafür angezeigt ist, die Macht von Banken und Konzernen zu begrenzen. Die potenziellen FDP-Wähler wollen also, dass sich liberale Wirtschaftspolitik am Ideal der Ordnungspolitik, also der Sozialen Marktwirtschaft, ausrichtet: Eine Wettbewerbsordnung mit möglichst vielen kleinen und mittleren Betrieben, die für sich genommen keine Marktmacht besitzen und daher anderen Wettbewerbern und ihren Kunden nicht ihren Willen aufdrängen können. Wenn dieses Ideal in Gefahr gerät, dann ist der Staat auch aus der Perspektive liberal denkender Menschen zu aktiver Politik aufgerufen und darf sich nicht mit der Rolle des Zuschauers begnügen.

Schutz vor Bevormundung und der Privatsphäre ernst nehmen

Liberal denkende Menschen erwarten, dass sich der Staat nicht in alles einmischt, den Bürgern nicht alles vorgibt und sie nicht permanent überwacht. Vielmehr muss den Bürgern ein Raum des Privaten, der Eigeninitiative und eines Gestaltungsfreiraums bleiben.
Dafür muss sich eine liberale Partei aus der Sicht liberal denkender Menschen auch engagiert einsetzen: 77 Prozent der Befragten, die eine liberale Partei für notwendig halten, wollen, dass sie sich um den Schutz der Freiheit der Bürger kümmert. 73 Prozent der FDP-affinen Wähler antworten zum Beispiel, dass es sehr wichtig sei, dass sich die FDP darum kümmere, die Bürger vor Spionage und Datenmissbrauch zu schützen.

Das größte Defizit: Chancengerechtigkeit

Besonders auffällig: Eine Partei, die für Leistungsgerechtigkeit steht, muss sich auch für Chancengerechtigkeit einsetzen. Denn Leistungsfähigkeit ist reines Potenzial, das sich nur im Rahmen konkreter Chancen verwirklichen kann. Jedenfalls verlangen liberal denkende Menschen mehrheitlich nach Engagement auf diesem Gebiet: Eine deutliche Mehrheit der Menschen, die eine liberale Partei für notwendig halten, antworten jedenfalls, dass sich eine liberale Partei um Chancengerechtigkeit kümmern solle. Mehr als zwei Drittel der FDP-affinen Wähler halten es für sehr wichtig, dass sich die Bundespolitik stärker in der Bildungspolitik engagiert. Zugleich liegen Anspruch an die FDP und ihre Wahrnehmung bei liberal denkenden Wählern bei keinem Thema so weit auseinander wie bei der Chancengerechtigkeit. Bei den Themen Soziale Marktwirtschaft und Schutz der Privatsphäre attestieren der FDP noch vergleichsweise viele Menschen, dass sie sich darum bemüht. Aber nur neun Prozent der Gesamtbevölkerung stimmen zu, dass die FDP für Chancengerechtigkeit stehe.

Nächste Schritte

Der Befund ist erst der Anfang. Als nächster Schritt ist nach der Europawahl eine breit angelegte Online-Befragung aller FDP-Mitglieder geplant. Denn nur, wer die Mitglieder in Analyse und strategische Planung einbindet, kann zu einem überzeugenden Ergebnis gelangen. Die Ergebnisse sollen in die Planung eines großen Kongresses am Ende des Jahres einfließen, auf dem programmatische Schwerpunkte erarbeitet werden sollen. Parallel arbeitet das Thomas-Dehler-Haus bis Ende des Jahres systematisch an einem neuen Auftritt der FDP, der die Neuaufstellung und -ausrichtung der Partei auch deutlich sichtbar und erlebbar macht.

Marco Buschmann

Warum FDP wählen?

Egal ob am Wahlkampfstand oder im Freundeskreis: „Warum FDP wählen?“ ist eine oft gestellte Frage. In der schwierigen Lage, in der sich die Partei nach dem Ausscheiden aus dem Deutschen Bundestag befindet, umso mehr. Deshalb ist es besonders wichtig, diese Frage bei der ersten großen Wahl nach der Bundestagswahl 2013 klar zu beantworten. Selbstverständlich geben das Wahlprogramm und die unterschiedlichen Argumentationssammlungen von ALDE, Auslandsgruppe Europa und Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit viele Antworten auf diese Frage. Spätestens in der heißen Wahlkampfphase muss die Antwort jedoch einheitlich ausfallen und sich auf drei Kernthemen konzentrieren, die die FDP in besonderem Maße von den anderen Parteien abgrenzen: weniger Bürokratie, mehr Wettbewerb und solide Finanzen.

Weniger Bürokratie durch kleinere Kommission

Europa ist eine Erfolgsgeschichte, die ihresgleichen sucht. Trotzdem denken viele Menschen bei Europa zuallererst an unnütze Regeln für Glühbirnen, Staubsauger oder neuerdings Kaffeemaschinen. Dabei lebt Europa von der Überzeugung der Menschen, dass es ihnen mehr Freiheit bringt. Deshalb sagen wir: Chancen für jeden statt Regeln für alles.

Europa sollte nur dort handeln, wo es wirklich gebraucht wird, damit beispielsweise Strom günstiger wird und Datenschutz wirksamer. Wo Europa aber nur alles komplizierter macht und am Ende niemandem geholfen wird, da sollte sich Europa raushalten und seine Zuständigkeit wieder abgeben.

Dafür wollen wir die Europäische Kommission deutlich verkleinern. Aktuell gibt es Kommissare für Aufgaben, für die Europa gar nicht zuständig ist. Was nutzt ein Kommissar für Gesundheit, wenn Europa auf diesem Gebiet keinerlei Zuständigkeiten und Handlungsmöglichkeiten hat? Das ist sinnlos, nutzlos und teuer.

» Damit die Europawahlkampagne der FDP ein Erfolg wird, gilt es, mit möglichst vielen Menschen ins Gespräch zu kommen. «

Zusätzlich muss das Europäische Parlament gestärkt werden. Denn nicht die Kommission oder Regierungschefs sollen in kleinen Zirkeln entscheiden, sondern die Bürgerinnen und Bürger. Dafür muss das Europäische Parlament zu einem Vollparlament entwickelt werden, in dem jede Stimme von jedem europäischen Bürger gleich viel zählt.

Für ein Parlament reicht außerdem ein Arbeitsplatz. Momentan tagt das Europäische Parlament in zwei verschiedenen Städten abwechselnd. Das ist aufwendig, teuer und ineffizient. Nur ein Arbeitsort heißt auch: mehr Zeit für die politische Arbeit. Und das spart richtig Geld: 200 Millionen Euro im Jahr. Deshalb soll sich das Europäische Parlament für einen Dienstort entscheiden, am besten für Brüssel.

Zahlen und Fakten

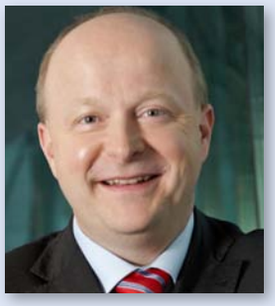
Am 25. Mai wählen mehr als 63 Mio. deutsche Bürgerinnen und Bürger zum achten Mal das Europäische Parlament. Von seinen insgesamt 751 Mitgliedern wird Deutschland in den nächsten fünf Jahren 96 stellen. Erstmals geht es bei dieser Wahl auch um den Präsidenten der EU-Kommission. Der 2009 in Kraft getretene Lissabon-Vertrag regelt nämlich, dass dieses Amt künftig von einem Vertreter der stimmstärksten Europapartei bekleidet wird. Die Auswirkungen europäischer Politik sollten nicht unterschätzt werden: Immerhin ist die EU mittlerweile an 60 bis 80 Prozent aller deutschen Rechtsakte beteiligt.

Günstiger Strom durch europaweiten Wettbewerb

Der Blick auf die Stromrechnung erfüllt viele Menschen mit Sorge oder macht sie einfach nur wütend. Klar, denn die Preise für Energie in Deutschland sind die höchsten in Europa: Während ein durchschnittlicher Haushalt bei uns etwa 1.000 Euro im Jahr für Strom bezahlt, sind es beispielsweise in Polen nur 500 Euro.

Die Kandidaten auf den ersten zwölf Plätzen

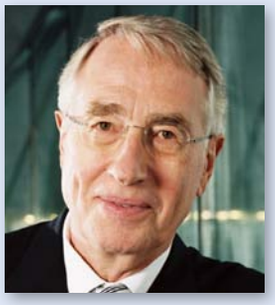
Alexander Graf Lambsdorff, MdEP (NRW)



Michael Theurer, MdEP (BW)

Gesine Meißner, MdEP (NI)

Nadja Hirsch, MdEP (BY)



Dr. Wolf Klinz, MdEP (HE)

Britta Reimers, MdEP (SH)

Alexandra Thein, MdEP (BE)

Cécile Bonnet (MV)

Renata Alt (BW)

Arian Kriesch (BY)

Najib Karim (HH)

Dr. Christiane Gaehtgens (BB)

Der Durchschnittspreis in der EU liegt bei gleichem Stromverbrauch bei ca. 630 Euro.

Diese hohen Preise sind eine Folge der chaotischen Energiepolitik in Deutschland. Sie führt dazu, dass gewaltige Subventionen durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) verteilt werden und der Staat bei Steuern und Abgaben ordentlich mitkassiert. Das ist wirtschaftlich unsinnig und sozial ungerecht: Menschen mit kleinem Geldbeutel zahlen über den Strompreis die garantierten Subventionen für Investoren, die große EEG-Anlagen finanzieren. Unsere Lösung für dieses Problem ist denkbar einfach: Jeder kann heute ein Buch über das Internet in einem beliebigen Mitgliedstaat der EU bestellen. Warum eigentlich keinen Strom? Zumal er in einigen unserer Nachbarländer nur die Hälfte kostet. Stellen Sie sich vor: Sie gehen ins Internet und bestellen ganz einfach Strom aus Finnland, Frankreich oder Polen – und Ihre Stromrechnung halbiert sich. So entsteht europaweiter Wettbewerb auf einem Markt für Strom.

Die Mauern um den deutschen Energiemarkt würden eingerissen. Der Verbraucher könnte selbst entscheiden, wo er welchen Strom kauft, und die Vorteile in den einzelnen Ländern würden optimal genutzt: günstigerer Solarstrom aus Südeuropa, Wasserkraft aus Skandinavien und Wind-

Briefwahl nutzen

Die Briefwahl doppelt nutzen: Briefwähler müssen ihre Entscheidung früher treffen, weshalb sich der Wahlkampf nicht nur auf den Endspurt konzentrieren sollte. Zudem bietet die Briefwahl die Möglichkeit, die Stimme bis spätestens drei Werktage vor dem Wahltag per Post abzugeben, wenn man am 25. Mai verhindert sein sollte. Einzige Bedingung: Schon vorher müssen die notwendigen Unterlagen beim zuständigen Wahlamt beantragt werden. Nutzen Sie daher die Briefwahl doppelt und weisen Sie auch Parteifreunde und Sympathisanten darauf hin.

energie von der deutschen Küste. Der entstehende Wettbewerb würde dann auch die deutsche Politik schnell dazu bringen, ihre provinzielle Subventionspolitik auf Kosten der Verbraucher aufzugeben.

Solide Finanzen durch strikte Reformen

Europa ist dabei, eine schwere Staatsschuldenkrise zu überwinden. Das geht nur, wenn die Staaten mit hohen Schulden sparen und gleichzeitig Reformen durchführen, um wieder wettbewerbsfähig zu werden.

Solche Reformprogramme sind anstrengend und erzeugen immer auch politischen Widerstand. Doch sie sind der einzige Weg aus der Schuldenkrise und die Bedingung für zwischenstaatliche Solidarität in Form von Hilfspaketen.

Kein Ausweg sind dagegen sogenannte Eurobonds. Sie einzuführen, hieße nämlich nichts anderes, als die Schulden aller Euro-Staaten in einen Topf zu schmeißen. Im Ergebnis würden Schuldensünder durch niedrige Zinsen belohnt und Deutschland durch höhere Zinsen bestraft. Eurobonds würden das Schuldenmachen erleichtern und falsche Anreize gegen Einsparungen setzen.

Wichtige Termine

- 1. Mai, FDP-Neumitgliedertreffen in Berlin
- 10./11. Mai, 65. Ord. Bundesparteitag in Dresden
- 19. Mai, 17:00 Uhr Wahlkampfkundgebung Braunschweig (Schlossplatz)
- 20. Mai, 17:00 Uhr Wahlkampfkundgebung Frankfurt (Hauptwache)
- 21. Mai, 17:00 Uhr Wahlkampfkundgebung Karlsruhe (Stephanplatz)
- 21. Mai, 22:45 Uhr Fernsehauftritt Alexander Graf Lambsdorff bei Anne Will (ARD)
- 22. Mai, 20:15 Uhr Fernsehauftritt Alexander Graf Lambsdorff bei Wie geht's, Europa? (ZDF)
- 23. Mai, 17:00 Uhr Wahlkampfkundgebung München (Karlsplatz)
- 24. Mai, 13:00 Uhr Wahlkampfkundgebung Düsseldorf (Heinrich-Heine-Platz)
- 25. Mai, Wahltag

Abschlusspostkarte

Die Bundespartei plant für den Endspurt des Wahlkampfes eine Postwurfsendung an FDP-affine Haushalte (DIN A5-Postkarte). Dabei braucht sie Ihre Unterstützung: Stocken Sie durch zusätzliche, eigenfinanzierte Postwurfsendungen die Menge in Ihrem Bereich auf, um alle potenziellen Wähler zu erreichen. Beteiligen Sie sich an dieser wichtigen Schlussaktion und buchen Sie bis spätestens zum 30. April zusätzliche Sendungen über die Universum AG. Ansprechpartner: André Berthold (030-27 57 28 73, andre.berthold@universum.com).

Um die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen, darf der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt nicht erneut aufgeweicht werden, wie Frankreich und Italien es vorhaben. Vielmehr müssen Sanktionen bei einem Verstoß automatisch greifen und dürfen nicht zum politischen Spielball der Regierungen werden. Die Euro-Staaten müssen ihre Haushalte in Ordnung bringen und dürfen sich nicht länger auf Pump finanzieren. Leider ist die Große Koalition dafür kein gutes Vorbild. Denn sie hat den längst geplanten Schuldenabbau in Deutschland abgesagt.
Euro-Staaten, die ihre Schulden nicht in den Griff bekommen, sollte es möglich sein, aus der Währungsunion auszutreten, ohne dass sie zugleich ihre EU-Mitgliedschaft verlieren. Zu einem späteren Zeitpunkt könnten sie sich dann wieder für eine Mitgliedschaft in der Währungsunion bewerben.
Die Euro-Rettungspolitk der vergangenen Jahre hat verhindert, dass die Krise mit katastrophalen Folgen auf Deutschland übergreift. Nun verlassen Staaten die Rettungsschirme. Daher sollten auch die Rettungsschirme nach und nach wieder eingeklappt werden.

meine freiheit

Die FDP-eigene Plattform meine freiheit ist nicht nur Dreh- und Angelpunkt der Parteientwicklung, sondern auch Materialsammlung für die Europawahl. In der Gruppe "FDP intern" finden Sie Argumente, Grafiken und Serviceangebote. Nutzen Sie meine freiheit für Ihren Wahlkampf, indem Sie sich unter www.meine-freiheit.de anmelden oder registrieren.

Ins Gespräch kommen

Damit die Europawahlkampagne der FDP ein Erfolg wird, gilt es, mit möglichst vielen Menschen aus der Familie, der Nachbarschaft oder am Arbeitsplatz über diese Kernthemen ins Gespräch zu kommen. Denn nur dann lautet die Antwort auf die eingangs gestellte Frage: „Weniger Bürokratie, mehr Wettbewerb, solide Finanzen. Das braucht unser Europa."

Nils Droste

> *www.liberale.de*
> *www.meine-freiheit.de*

Für eine starke FDP vor Ort

Das brauchen wir hier

Während sich das überregionale Medieninteresse auf die europäische Bühne konzentriert, herrscht in vielen deutschen Städten und Gemeinden hektische Betriebsamkeit: In zehn Bundesländern wählen die Bürger – zeitgleich zur Europawahl am 25. Mai – ihre Kreistage, Gemeinde- und Bezirksvertretungen neu.

Bei den Liberalen ist die kommunale Basis in Bewegung. „Jetzt heißt es, vor Ort Gesicht zu zeigen für die liberale Idee von Freiheit und Verantwortung“, sagt Nicola Beer. Die Generalsekretärin freut sich über das enorme Engagement der Liberalen bei den Kommunalwahlen: Bundesweit werben viele tausend Kandidaten mit ihrem guten Namen in Diskussionen und an Infoständen für die FDP. „Diese Partei ist quicklebendig und das spürt man überall im Land. So gewinnen wir Glaubwürdigkeit zurück.“

Der Elan des Neuanfangs prägt auch die Kampagne: Die FDP zeigt, dass sie als Partei die Probleme vor Ort kennt und sie gemeinsam mit den Bürgern lösen will. „Wir wollen Nähe schaffen“, so Beer. „Kommunalpolitik ist Politik in der Heimat für die Heimat, von Menschen mit Menschen“. Um es den Wahlkämpfern möglichst einfach zu machen, bietet die Bundespartei eine Rahmenkampagne an, die individuell auf die örtlichen Bedürfnisse angepasst werden kann.

Auch auf kommunaler Ebene wollen sich die Liberalen den Ruf des Vordenkers zurückerobern. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, FDP-Vize und Erste Bürgermeisterin in Düsseldorf, hat deshalb Kommunalpolitiker aus dem gesamten Bundesgebiet zu einer Konferenz nach Berlin zusammengetrommelt. „Kommunale Selbstverwaltung – eine Farce?“, fragt Strack-Zimmermann und fordert, kommunale Politik angesichts des demographischen Wandels komplett neu zu

denken: „Was müssen bzw. können Gemeinden in Zukunft noch leisten? Wie bleiben Kommunen als Hort ‚Öffentlicher Wohlfahrt‘ attraktiv? Hier brauchen wir schnellstens liberale Antworten.“

Auf dem Weg zu diesen Antworten soll der FDP-Bundesparteitag Anfang Mai in einer Arbeitsgruppe ein Thesenpapier erarbeiten. „Ich kann mir beispielsweise eine Sparregel für kommunale Haushalte vorstellen“, erklärt Strack-Zimmermann, die die Arbeitsgruppe leiten wird. „Und wir müssen kommunale Aufgaben und Standards neu definieren.“ Es gebe Gemeinden, die Restaurants betreiben und Gartenbetriebe ihr Eigen nennen würden. Also Aufgaben nachgingen, die private Unternehmen viel kostengünstiger anbieten könnten. „So geht das nicht!“ Strack-Zimmermann möchte über den Wahltag hinaus denken. In der Arbeitsgruppe müsse auch darüber diskutiert werden, in Zukunft mehrere Nachbarkommunen auf freiwilliger Basis zu einer Einheit zusammenschließen zu können.

Für den Ausgang der Kommunalwahlen ist Strack-Zimmermann optimistisch. Denn sie weiß aus Erfahrung, dass sich viele Bürger mehr denn je eine starke liberale Stimme vor Ort wünschen.

Thomas Hahn

> *www.fdp.de/kommunalwahlen*

Das brauchen wir hier.

Eine Mitmachpartei lebt vom Mitmachen

Im Interview mit der elde hatte Generalsekretärin Nicola Beer angekündigt, die FDP zur modernsten Mitmachpartei Deutschlands ausbauen zu wollen. Anlass genug, nach knapp vier Monaten die erste Bestandsaufnahme vorzunehmen.

Dreh- und Angelpunkt der Umbauarbeiten ist das Internet, genauer gesagt die Sozialen Netzwerke und die FDP-eigene Plattform meine freiheit. Hier wurden erste Ideen und Vorschläge gesammelt, diskutiert und von der AG Parteientwicklung in einem Papier festgehalten, das als Leitantrag auf dem Bundesparteitag in Dresden behandelt werden wird.

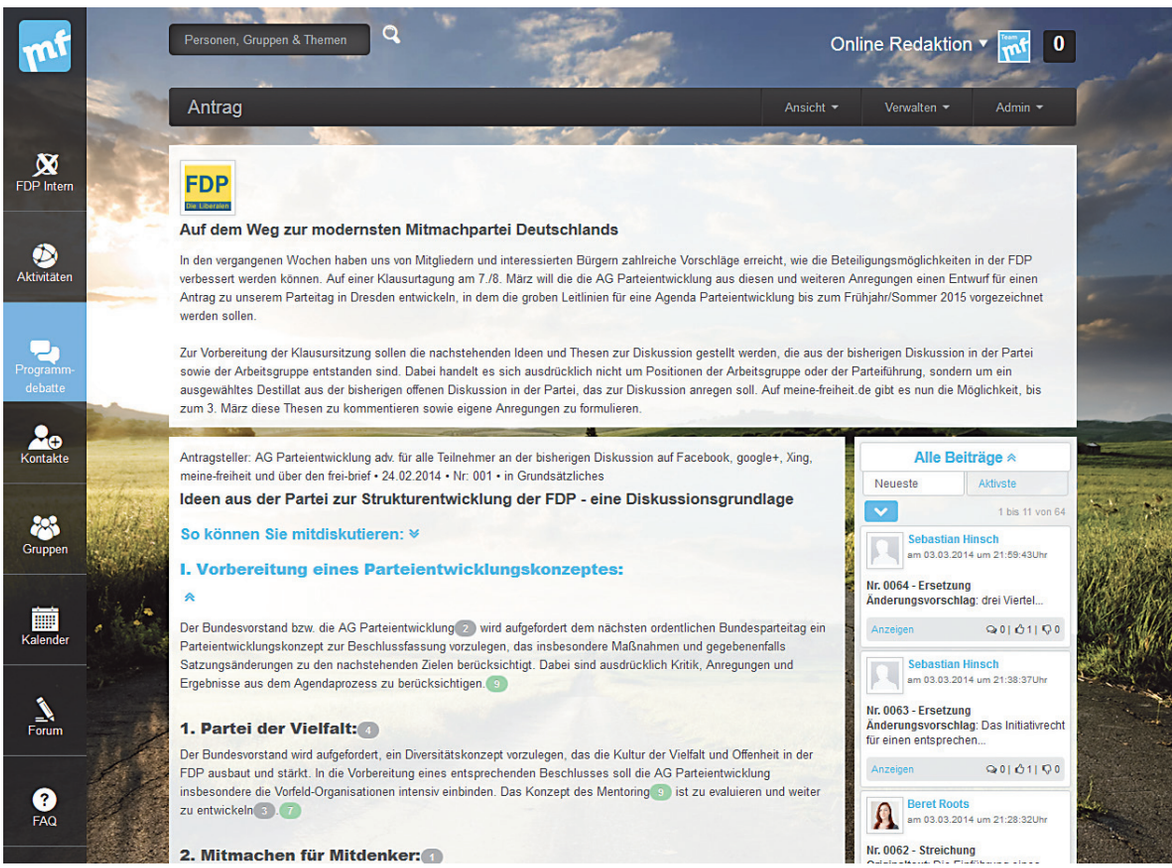
Im Antrag wird der Agendaprozess einer Strukturreform beschrieben, der maßgeblich von Mitgliedern und Interessierten mitbestimmt werden kann. Dazu gehören sowohl Veranstaltungsformate wie öffentliche Werkstätten als auch Instrumente wie eine Mitgliederjury oder eine Online-Werkbank auf www.meine-freiheit.de. Zur Diskussion stellt der Antrag verschiedenste Maßnahmen wie ein Diversitätskonzept oder die projekt- und themenorientierte Fortentwicklung der Parteistrukturen, besonders der Bundes- und Landesfachausschüsse. Auch der Mitgliederentscheid soll weiterentwickelt werden. Mit einem Innovationswettbewerb sollen technische Verfahren zur sicheren Online-Abstimmung gesichtet werden. Zudem wird eine ergänzende Mitgliederbefragung vorgeschlagen, unter anderem für die Wahl des Bundesvorsitzenden oder eines Spitzenkandidaten. Eine Übertragung des Mitgliederentscheides auf Landes- und Kreisverbände soll in diesem Zusammenhang ebenso geprüft werden wie ein Mitgliederbegehren an den Vorstand, um die inhaltliche Beteiligung der Basis auch zwischen Parteitagen sicherzustellen.

Um die Gremienarbeit zu stärken, soll geprüft werden, einen Bundeshauptausschuss oder Parteikonvent einzuführen, ebenso eine mögliche Verkleinerung des Bundesvorstandes oder eine an die Mitgliederentwicklung angepasste Zusammensetzung des Bundesparteitages. Dieser könnte in Zukunft auch entscheiden, einzelne Debatten für alle Mitglieder zu öffnen und die eigene Arbeit zu straffen – beispielsweise über eine vorgezogene Online-Abstimmung zum Alex-Müller-Verfahren, maschinenlesbare Stimmzettel oder eine an die Delegierten vorab verschickte Synopse der Änderungsanträge.

Die ersten Schritte sind gemacht. Nun liegt es an den Delegierten, Mitgliedern und Interessenten, beim Umbau anzupacken. Denn wie Nicola Beer ebenfalls in der elde feststellte: „Eine Mitmachpartei lebt vom Mitmachen."

Tobias Scholl

> *www.meine-freiheit.de*



Liberale Dialogforen mit Christian Lindner

Ein einfaches wie überzeugendes Veranstaltungskonzept: Christian Lindner diskutiert mit einem Gesprächspartner aus Wirtschaft, Gesellschaft oder Politik abwechselnd eines von insgesamt vier liberalen Schwerpunktthemen, darunter Datenschutz, Bürgerrechte und Soziale Marktwirtschaft. Erfolgsfaktoren sind nicht nur die durchaus kontroversen Meinungen auf dem Podium, sondern auch die ausdrückliche Einladung an das Publikum, sich an der Diskussion zu beteiligen. Start der Reihe war am 25. Februar in München mit dem Familienunternehmer Prof. Randolf Rodenstock. Letzter Termin vor der Europawahl wird der 30. April in Berlin sein, dort mit dem Physiker und Wissenschaftsjournalisten Ranga Yogeshwar. Veranstaltungsberichte und Videoaufzeichnungen finden Sie online unter www.freiheit.org.

Neue Gesprächsreihe Im Atrium

Gelungener Auftakt für die neue Gesprächsreihe „Im Atrium“ im Thomas-Dehler-Haus: Über 60 Gäste beschäftigten sich mit der Frage „Europa: Raum digitaler Selbstbehauptung?“ Auf dem Podium diskutierten der FDP-Spitzenkandidat zur Europawahl, Alexander Graf Lambsdorff, der Vorsitzende des Beirats „Junge Digitale Wirtschaft“, Prof. Dr. Tobias Kollmann, der frühere Bundesverfassungsrichter und Staatsrechtler Prof. Dr. Udo Di Fabio und Niko Alm, Abgeordneter der NEOS. Mehr Details zur Veranstaltung finden Sie unter www.liberale.de.

Konstantin Kuhle ist neuer JuLi-Bundesvorsitzender

Auf ihrem 48. Bundeskongress in Kassel haben die Jungen Liberalen (JuLis) Konstantin Kuhle zum Bundesvorsitzenden gewählt. Er tritt die Nachfolge von Alexander Hahn an, der nicht erneut kandidierte. In seiner Vorstellungsrede sagte Kuhle: „Mit der Verengung auf wirtschaftspolitische Glaubenssätze wirkte die FDP in der Vergangenheit allzu zynisch und abgehoben. Wir müssen uns jetzt um das Vertrauen aller Menschen bemühen, denen Freiheit wichtig ist – egal ob als selbstständiger Unternehmer oder als Gewerkschaftsmitglied.“ Zu seinen Stellvertretern wurden Florian Philipp Ott, Nora Woiwode und Nathalie Meyer gewählt. Inhaltlich beschäftigte sich der Bundeskongress unter anderem mit dem Thema Prostitution, forderte eine möglichst strikte Trennung von Kirche und Staat zur Gewährleistung tatsächlicher Religionsfreiheit und beriet die sicherheitspolitische Lage in der Ukraine.

Kommunalwahl in Bayern

„Wo wir Liberale vor Ort in der Gesellschaft verwurzelt sind, wo man uns persönlich kennt, da schenkt man uns Vertrauen“, analysierte nach der Kommunalwahl in Bayern der FDP-Landesvorsitzende Albert Duin. „Lasst uns rausgehen aus den Hinterzimmern und rein in die Gesellschaft. Lasst uns den Menschen zeigen, dass wir nicht Anwalt einer Klasse oder Berufsgruppe sind, sondern aller Menschen in Bayern“, hatte er vor der Wahl gefordert. Wenn auch landesweit nicht an den Erfolg von 2008 angeknüpft werden konnte, entschädigten doch teilweise zweistellige Einzelergebnisse.

Kollnburgs liberale Bürgermeisterin Josefa Schmid forderte mit Blick auf die niedrige Wahlbeteiligung, Politik müsse wieder bürgernäher werden. Sie wurde Stimmenkönigin mit rund 52 Prozent und in ihrem Amt als Bürgermeisterin bestätigt. Schmid gelang es, den Anteil weiblicher Gemeinderäte in Kollnburg deutlich zu erhöhen. In der Stichwahl waren die liberalen Bürgermeister Rainer Erdel (Dietenhofen, 62,97 Prozent) und Helmut Demel (Miltenberg, 53,16 Prozent) erfolgreich.

FDP-Landesgeneralsekretär Daniel Föst, Bürgermeisterkandidat Rainer Erdel, die liberale Bürgermeisterin Josefa Schmid und FDP-Landeschef Albert Duin (v.l.n.r.). Bild: FDP Bayern

Die Wahlprogramme im Vergleich

Wie bei jeder Wahl hat die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit die Wahlprogramme der großen Parteien genau unter die Lupe genommen. Hier lesen Sie die Quintessenz:

Die **FDP** möchte Europa auf der Grundlage liberaler Prinzipien wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Wettbewerb erneuern. Künftig soll auch Strom auf einem europaweiten Binnenmarkt gehandelt werden können, um günstigere Preise für die Verbraucher in Deutschland zu ermöglichen. Mit Hilfe entschlossener Reformen sollen die Mitgliedstaaten ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern, damit sie finanziell auf eigenen Beinen stehen können. Der Bürokratie aus Brüssel möchten die Liberalen mit einer Verkleinerung der Kommission und klaren Zuständigkeitsregeln begegnen. Eine Politik der Sozialen Marktwirtschaft und das transatlantische Freihandelsabkommen sollen Wachstum und Innovation fördern; Subsidiarität und Demokratie bilden den Rahmen für den weiteren Integrationsprozess.

Auch die **CDU** ist für mehr Subsidiarität, ohne aber klar zu benennen, wie sie das erreichen will. Sie fordert ein Initiativrecht des Europäischen Parlaments. Eine gemeinsame Haftung für die Schulden der Euro-Länder in Form von Eurobonds lehnt sie ab. Damit steht sie aber im Widerspruch zu ihrem europäischen Spitzenkandidaten Jean-Claude Juncker, der Eurobonds ausdrücklich befürwortet. Pikanterweise fordert die Union im Namen der Stabilität nachhaltige Reformen beim Rentensystem für andere Länder, während sie hierzulande die Rente mit 63 durchwinkt. Die Schwesterpartei CSU fordert eine Reform Europas, in der sich Europa auf seine wesentlichen Aufgaben konzentrieren müsse. Neben der FDP fordert auch sie künftig Volksentscheide auf Bundesebene bei einer Änderung der EU-Verträge, wozu der CDU der Mut fehlt.

Die **SPD** verlangt ein Europa mit einem starken sozialen Pfeiler, das Fortschritt und Wachstum mit ökologischem Fortschritt und sozialer Gerechtigkeit verbindet. Konkrete Forderungen zur Bewältigung der Eurokrise finden sich im Programm der SPD kaum. Offensichtlich hält man sich Optionen offen, um die Stabilitätspolitik der Vergangenheit durch zentralisierte Umverteilung zu ersetzen, so wie es die europäische Dachpartei (SPE) mit ihrer Forderung nach Einführung von Eurobonds bereits vorgibt.

Auch **Die Linke** fordert ein soziales Europa, das gerecht und solidarisch aus der Krise herauskommen müsse. Sie lehnt den Vertrag von Lissabon ebenso ab wie ein Freihandelsabkommen mit den USA und fordert stattdessen die Förderung von Wohlstand und Wohlfahrt für alle.

Ähnliches gilt für die **Grünen**, die einen Richtungswechsel hin zu einer Wirtschafts- und Finanzpolitik fordern, die sich am Gemeinwohl und an der Förderung sozialer Gerechtigkeit orientiert. Auch sie lehnen, ähnlich wie die SPD und die Linken, eine Fortführung der Sparpolitik ab.

Und zuletzt die **AfD**: Sie fordert unrealistische Ausstiegsszenarien aus dem Euro und spricht sich gegen das Freihandelsabkommen mit den USA aus, womit sie im Ergebnis den Linken erstaunlich nahesteht.

Dr. Kerstin Brauckhoff

> *www.freiheit.org*
> *shop.freiheit.org/#!/pub/id/421*

Gemeinsam sind wir stark!

FDP-Fraktionen vertiefen Zusammenarbeit – EEG-Ausstieg gefordert

Eine neue Marktordnung statt einer Fortsetzung der Planwirtschaft – mit dieser Forderung haben sich die FDP-Fraktionsvorsitzenden in die Diskussion um den „Ökostrom-Kompromiss“ von Bund und Ländern eingeschaltet. Auf der FDP-Fraktionsvorsitzendenkonferenz in Erfurt beschlossen die Parlamentarier ein Positionspapier mit dem Titel: „Deutschland braucht eine Neuausrichtung der Energiepolitik.“

Die Mitglieder der Fraktionsvorsitzendenkonferenz trafen sich in Erfurt.

Das Positionspapier zur Energiepolitik war das erste Ergebnis der neuen Arbeitsstrukturen der Fraktionsvorsitzendenkonferenz („FraVoKo“). Mit dem Ausscheiden der FDP aus dem Deutschen Bundestag steht das Gremium vor neuen Herausforderungen. „Wir sind jetzt der parlamentarische Maschinenraum der FDP“, konstatiert Christian Dürr, der im Herbst neu gewählte Sprecher der FraVoKo. Mit regelmäßigen Sitzungen, aktiven Arbeitsgruppen und intensiver programmatischer Arbeit will sich das Gremium mit liberalen Positionen aktiv in politische Diskussionen einbringen.

Bereits wenige Tage nach der Bundestagswahl setzten die Fraktionsvorsitzenden mit ihrer „Stuttgarter Erklärung“ ein wichtiges Signal: „Die FDP ist nicht tot. Auch wenn wir aktuell im Bundestag nicht vertreten sind, haben mehr als zwei Drittel der Deutschen eine FDP-Landtagsfraktion als Ansprechpartnerin“, so Dürr, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Niedersächsischen Landtag. „Wir haben uns vorgenommen, die entstandene Lücke gemeinsam zu schließen“.

Seine Stellvertreter, die Fraktionschefs aus Thüringen und Baden-Württemberg Uwe Barth und Hans-Ulrich Rülke, weiß Dürr dabei an seiner Seite. „Durch eine enge fachliche Zusammenarbeit werden wir unseren Beitrag dazu leisten, dass die FDP auch in Zukunft aktuell und kompetent Position beziehen kann“, versichert Rülke. Bereits seit Dezember sind die FDP-Fraktionen mit einer Repräsentanz im Thomas-Dehler-Haus in Berlin vertreten. Hier wird die gemeinsame Arbeit koordiniert.

So war es auch bei der Vorarbeit zum Erfurter Energie-Beschluss. Die FDP-Fraktionen haben eine klare liberale Position für künftige Energiepolitik formuliert: Statt wie die Große Koalition am bestehenden System herumzuwerkeln, fordern sie eine entschlossene Reform, welche die Bürger entlastet und den Wirtschaftsstandort stärkt. „Wir müssen weg von Ökostrom-Subventionen“, fordert Uwe Barth. Der ungebremste Kapazitätsausbau der erneuerbaren Energien belaste mit stetig steigenden Strompreisen Haushalte und Unternehmen. Barth warnt: „Die Energiewende steht vor dem Scheitern.“

Thomas Hahn

> *www.fdp-fraktionen.de*
> *www.fdp-fraktionen.de/energie*

Arbeitsgruppe der FraVoKo	Vorsitzender
Energie	Dr. Stefan Birkner, MdL (Niedersachsen)
Europa	Michael Theurer, MdEP (EU)
Finanzen	Dr. Hans-Ulrich Rülke, MdL (BW)
Gesundheit	Marian Koppe, MdL (Thüringen)
Hochschule	Andreas Büttner, MdL (Brandenburg)
Innen	Dr. Robert Orth, MdL (NRW)
Junge Gruppe	Marcel Hafke, MdL (NRW)
Justiz („Caesar-Runde“)	Dirk Wedel, MdL (NRW)
Kultur	Andreas Büttner, MdL (Brandenburg)
Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz	Dr. Friedrich Bullinger, MdL (BW)
Medien, Internet und digitale Agenda	Torsten Herbst, MdL (Sachsen)
Schule	Björn Försterling, MdL (Niedersachsen)
Soziales und Familie	Dr. Heiner Garg, MdL (Schleswig-Holstein)
Sport	Marc Lürbke, MdL (NRW)
Umwelt	Dr. Stefan Birkner, MdL (Niedersachsen)
Verkehr	Christof Rasche, MdL (NRW)
Wirtschaft, Mittelstand und Tourismus	Jürgen Lenders, MdL (Hessen)

Leserbriefe

Enttäuschung war erwartungsgemäß

Mit Interesse habe ich die neue elde in die Hand genommen. Die Enttäuschung war erwartungsgemäß: nichts geändert, das alte Format – auf 14 Seiten Christian Lindner 14 mal abgebildet, die inhaltlichen Beiträge enthielten nichts substanziell Neues, die alten Begriffe, nichts Konkretes, wie üblich: Funktionäre und Profis erhalten Schreibrecht und die Mitglieder kommen nicht zu Wort. Wo bitte spiegelt sich in der liberalen Depesche wider, was Frau Nicola Beer sich wünscht (und ich auch): „Ich möchte die FDP zur modernsten Mitmachpartei Deutschlands ausbauen". Mein Vorschlag: Machen Sie ein ganzes Heft nur mit Zuschriften aus dem Mitgliederkreis.

Heidi Vollmann, Jena

FDP muss Antworten geben

Ich habe gerade in der „elde" über den Neuaufbruch aus der Krise gelesen. Überzeugt haben mich die vorgebrachten Argumente nicht. Es sind genau dieselben Argumente, mit denen die FDP abgewählt wurde. Die FDP hat schon öfter in ihrer Geschichte verpasst, auf aktuelle Probleme eine Antwort zu geben. Das war im 19. Jahrhundert die soziale Frage der Arbeiterschaft, die nicht beantwortet wurde. Die Antwort gab dann die SPD. Das war die Umweltverschmutzung und die Nutzung der Atomkraft, die nicht als Problem erkannt wurde. Die Antwort gaben die Grünen. Ein aktuelles Thema waren die Überwachungstendenzen im Internet, schon vor Snowden. Es entstand die Piratenpartei. Es sind die Auswüchse des ungezügelten Kapitalismus. Darauf wollen die Leute eine Antwort haben. Auf die wachsende Ungleichheit und die wachsende Armut. Statt Antworten zu geben, hat ein FDP-Minister versucht, die Veröffentlichung der peinlichen Daten zu verhindern. Liberalismus ist nicht gleich Kapitalismus. Das Ziel liberaler Politik ist nicht der Schutz großer, noch dazu internationaler Unternehmen, sondern der Schutz des Einzelnen. Es ist für einen Liberalen auch nicht nachvollziehbar, dass die kleinen Einkommen mehr zum Gesamten beitragen sollen als die Großen. Es gibt auch liberale Antworten auf die Auswüchse der Finanzmärkte. Wenn die FDP sie nicht gibt, braucht der Wähler die FDP nicht.

Alois Schwahn, E-Mail

Nicht nur Facebook

Die FDP-Generalsekretärin Nicola Beer rief über Facebook auf, Ideen und Vorschläge für eine Mitmachpartei zu entwickeln. Ein lobenswerter Vorschlag. Was mich nur etwas verwundert: Warum nutzen wir nicht unser Mitgliedermagazin stärker für diesen Prozess? Ob als elektronische Variante oder gedruckt – hier hätten wir doch eine großartige Plattform, um über neue Vorschläge und Ideen zu diskutieren. Als nicht unbedingt Internet-affine Leserin und skeptische Wenignutzerin von Facebook rege ich an, auch andere Wege zu nutzen.

Magda Pfeiffer, Essen

Gewöhnungsbedürftig

Natürlich verstehe ich, dass die finanzielle Situation auch Auswirkungen auf die „elde" hat. Und kann auch verstehen, dass der Umfang der Zeitung reduziert werden soll. Aber künftig unser Mitgliedermagazin per E-Mail zu bekommen, ist für mich sehr gewöhnungsbedürftig. Schon oft war die Partei in finanziellen Nöten und oft war der FDP das Ende des Magazins vorausgesagt worden. Doch immer fand sich ein Weg, etwas Gedrucktes in den Händen zu halten. Schade, dass das nun nicht mehr möglich ist. Ich bedauere diese Entwicklung.

Manfred Kralick, Calbe